



Nr. 42

25. Oktober 2012

Inhalt

[dbb gegen Befristungen+++](#)

[Lühmann: Pläne zur Frauenquote nicht aufgeben+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW: Kürzungen beim Weihnachtsgeld zurücknehmen+++](#)

[BVÖGD zeichnet Malu Dreyer für Verdienste um Öffentlichen](#)

[Gesundheitsdienst aus+++](#)

[DPolG-Unterstützung für Blitzer-Marathon+++](#)

[VBE: Lehrermobilität endlich durchsetzen+++](#)

[Philologenverband begrüßt einheitliche Abiturstandards+++](#)

[Namen und Nachrichten +++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb gegen Befristungen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die öffentlichen Arbeitgeber aufgefordert, bei Neueinstellungen auf befristete Arbeitsverträge zu verzichten. „Befristungen sind absoluter Schwachsinn“, sagte Heesen der „Rheinpfalz“ (Ausgabe vom 20./21. Oktober 2012). Gerade angesichts des Wettbewerbs mit der privaten Wirtschaft um Nachwuchskräfte sei „unbefristete Beschäftigung die Voraussetzung, damit überhaupt junge Leute in den öffentlichen Dienst kommen“. Diesen Nachwuchs brauche der öffentliche Dienst dringend, sagte Heesen.

In den kommenden zehn Jahren müssten 760.000 Stellen neu besetzt werden, weil die bisherigen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Gut zwei Drittel der neuen Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst werden nur auf Zeit abgeschlossen.

Weiter gab Heesen zu bedenken: „Wenn sie jahrelang frei werdende Stellen nicht mehr besetzen, dann denken viele junge Menschen gar nicht mehr über eine mögliche Beschäftigung im öffentlichen Dienst nach, eben weil die Einstellungsmöglichkeiten lange Zeit sehr schlecht waren. Das Problem ist inzwischen erkannt. Das Fatale war ja: Als es genügend Arbeitskräfte gab, hat der öffentliche Dienst

nicht eingestellt. Und jetzt, wo das Angebot an Arbeitskräften stark zurückgeht, müssen wir den Ersatzbedarf decken.“ Dies sei eine „gewaltige Aufgabe“, so Heesen.

Er sei überzeugt, dass der öffentliche Dienst in Deutschland eine gute Zukunft hat, weil er hervorragende Arbeit leistet, so Heesen. „Im Übrigen haben wir durch den gewaltigen Personalabbau seit der Wiedervereinigung von damals 5,3 Millionen auf derzeit noch 3,5 Millionen Beschäftigte einen enormen Sparbeitrag geleistet. Das hat jetzt auch endlich die Bundesregierung verstanden und ihren seit 1993 pauschal betriebenen Stellenabbau beendet.“ (01/42/12)

Lühmann: Pläne zur Frauenquote nicht aufgeben

(dbb) Nach dem vorläufigen Scheitern der Pläne von EU-Kommissarin Viviane Reding Frauenquote hat die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann dazu aufgefordert, die Pläne nicht aufzugeben. „Kommissarin Reding darf sich jetzt nicht entmutigen lassen. Sie hat den richtigen Weg eingeschlagen“, sagte Lühmann, die auch Präsidentin des CESI Frauenrechtsausschusses FEMM ist, am 25. Oktober 2012.

Ursprünglich sollten am 23. Oktober die Vorschläge vorgestellt werden, nach denen bis 2020 40 Prozent aller Aufsichtsratsposten börsennotierter Unternehmen mit dem unterrepräsentierten Geschlecht besetzt werden sollten. Intern konnte sich die Kommissarin mit ihren Plänen aber nicht durchsetzen und muss nun bis zum 14. November einen neuen Vorschlag vorbereiten. „In der Kommission gibt es offensichtlich dieselben alten Vorbehalte, die Erfolge auf nationaler Ebene bei der Quotenfrage bislang auch verhindern. Diese Wider-

stände müssen endlich aufgegeben werden“, forderte Lühmann. Eine europäische Quote für Aufsichtsräte wäre ein wichtiges Signal, auch in den Mitgliedstaaten verbindliche Quoten etwa für Vorstände einzuführen. „In Deutschland reden wir seit Jahren darüber, wie wichtig Frauen auf allen Ebenen der Arbeitswelt sind. Doch wenn es um konkrete Schritte geht, dann kommt es zu keiner Einigung“, kritisierte Lühmann der Entwicklung der vergangenen Jahre. (02/42/12)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Kürzungen beim Weihnachtsgeld zurücknehmen

(dbb) Der DBB NRW hat den Landtag im Rahmen einer Anhörung erneut aufgefordert, die Kürzungen beim Weihnachtsgeld der Beamten aus 2006 endlich zurückzunehmen. Mit der zweiten Kürzung nach der ersten durch Rot-Grün in 2003 hatte Schwarz-Gelb das Weihnachtsgeld für die große Mehrzahl der Beamten von 50 auf 30 Prozent des Monatsgehalts reduziert.

Wie der DBB NRW am 24. Oktober 2012 weiter mitteilte, habe Landesvorsitzender Meinolf Guntermann den Landtag aufgefordert, sich am Bundestag zu orientieren. Die Sonderzahlung, die bereits ins monatliche Grundgehalt eingebaut ist, beträgt ab 2012 für Bundesbeamte wieder 60 Prozent eines Monatsgehalts. Mit ihrem Beschluss hätten „Koalition und Opposition ein deutliches und sehr wichtiges Zeichen der Anerkennung der Leistung der Bundesbeamten gesetzt“, so Guntermann. „Die Wertschätzung, die CDU, FDP, SPD und Grüne im Bundestag gegenüber ihren Beamten zum Ausdruck gebracht haben, stünde auch Rot-Grün und Schwarz-Gelb in NRW gut zu Gesicht.“

Der DBB NRW würde in einer Rückgängigmachung von Gehaltskürzungen auch das Signal sehen, dass das Zeitalter der Sonderopfer für Beamte in Nordrhein-Westfalen endgültig beendet ist, so der Landesvorsitzende weiter. Rot-Grün hatte seinerzeit das Weihnachtsgeld der Beamten drastisch gekürzt, weil die Steuereinnahmen in NRW weggebrochen waren. Guntermann: „Wenn das gerechtfertigt war, müsste Rot-Grün jetzt die Initiative ergreifen, um die Kürzung zurückzunehmen, weil die Steuereinnahmen bekanntlich nach 2011 auch jetzt in 2012 auf höchstem Niveau sprudeln. Das wäre nicht nur plausibel, sondern vor allem redliche Personalpolitik.“
(03/42/12)

BVÖGD zeichnet Malu Dreyer für Verdienste um Öffentlichen Gesundheitsdienst aus

(dbb) Die Gesundheitsministerin und designierte Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, ist für ihre Verdienste um den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) mit der Johann-Peter-Frank-Medaille ausgezeichnet worden. Der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD) überreichte die Auszeichnung während einer feierlichen Veranstaltung am 20. Oktober 2012 in Pirmasens.

Malu Dreyer habe sich als langjährige Gesundheitsministerin in Rheinland-Pfalz und länderübergreifend seit vielen Jahren für eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes eingesetzt, hieß es zur Begründung. Während ihrer Amtszeit stand der ÖGD mit seinem breiten Aufgabenspektrum immer wieder vor besonderen Herausforderungen – zuletzt in den Jahren 2009 bei der Bekämpfung der Schweinegrippe und 2011 bei der Bewältigung der EHEC-Krise. Malu Dreyer habe in ihrem Bundesland und im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) stets die Rolle des ÖGD als "Dritte Säule" des Gesundheitswesens betont. Trotz der schwierigen Finanzsituation der Länder und Kommunen habe sie

sich dafür eingesetzt, die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Erfüllung der Aufgaben in den Gesundheitsämtern bereitzustellen. Sie habe das Anliegen des BVÖGD, dem Nachwuchsmangel im Öffentlichen Gesundheitsdienst wirksam entgegenzutreten und die Tätigkeit in den Gesundheitsämtern für Ärztinnen und Ärzte attraktiver zu gestalten, öffentlich unterstützt.

Mit der Johann-Peter-Frank-Medaille, der höchsten Auszeichnung, die der BVÖGD zu vergeben hat, werden alljährlich anlässlich eines wissenschaftlichen Kongresses Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den Öffentlichen Gesundheitsdienst verdient ge-

macht haben. Der Namensgeber der Auszeichnung, Johann Peter Frank (1745-1821), gilt als Begründer der öffentlichen Hygiene und als

Wegbereiter eines sozialmedizinisch geprägten Öffentlichen Gesundheitsdienstes.
(04/42/12)

DPoIG-Unterstützung für Blitzer-Marathon

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat den 24-stündigen Blitzer-Marathon begrüßt, der am 24. Oktober 2012 in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und den Niederlanden durchgeführt wurde. Zu den flächendeckenden Geschwindigkeitskontrollen sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Zu hohe Geschwindigkeiten gehören zu den Hauptursachen von Verkehrsunfällen. Alle gezielten Verkehrsüberwachungsmaßnahmen, die der Erhöhung der Verkehrssicherheit auf diesem Feld dienen, werden deshalb von uns unterstützt.“

Verkehrssicherheit und Unfallprävention könnten jedoch weiter verbessert werden, wenn auch in Deutschland endlich die Halterhaftung eingeführt würde, zeigte sich Wendt überzeugt: „Wenn ein Kraftfahrzeugführer nach einem Verkehrsverstoß angehalten wird, kann sofort die Ahndung erfolgen und die Polizei ist zudem in der Lage, sogleich über das richtige Verhalten im Straßenverkehr aufzuklären.“

Wendt weiter: „Wenn nicht angehalten wird, dann setzt sich Polizei und Verwaltung in Deutschland mit zeit- und personalintensiven

Vorgängen auseinander, die dadurch gekennzeichnet sind, dass der zum Tatzeitpunkt verantwortliche Fahrer des Fahrzeugs ausfindig zu machen ist. Die Behauptung vieler Fahrzeugführer, nicht gefahren zu sein, ist oft gelogen. Bis zu 40 Prozent der Verkehrsverstöße können deshalb hierzulande nicht ermittelt werden. Über 2000 unserer Kolleginnen und Kollegen sind rein rechnerisch nur mit der Ermittlung des Fahrers beschäftigt. Diese Polizisten könnten wir an anderer Stelle wirklich dringender brauchen.“
(05/42/12)

VBE: Lehrermobilität endlich durchsetzen

(dbb) „Von beruflicher Mobilität im Lehrerberuf kann in Deutschland nach wie vor nicht im Entferntesten die Rede sein. Es scheint jetzt so, als ob die Kultusminister endlich ausgeschlafen haben“, sagte der Bundesvorsitzende des VBE (Verband Bildung und Erziehung), Udo Beckmann, am 19. Oktober 2012, nachdem die Kultusministerkonferenz (KMK) erklärt hatte, bis Ende 2014 die gegenseitige Anerkennung der Lehramtsabschlüsse in jeweiliges Landesrecht umzusetzen.

„Die Länder müssen ohne Wenn und Aber die Lehramtsabschlüsse gegenseitig anerkennen“, forderte Beckmann. „Sie haben den Umbau der Lehrerbildung in Bachelor- und Masterstudiengänge gewollt. Bis heute haben sie es nicht geschafft, dass alle Lehrämter mit einem vollwertigen Master abschließen. Dies erleichtert nicht, sondern erschwert die Mobilität zwischen den Ländern.“ Für den VBE sei es unabdingbar, jedem Lehramtsstudierenden eine Perspektive im gewünschten Beruf zu ermöglichen. Dies könne auch in einem ande-

ren Bundesland sein.

Beckmann weiter: „Die Situation für Lehrer in Deutschland ist geradezu grotesk. Ein Wechsel zwischen Bundesländern gestaltet sich inzwischen oft schwieriger als der Wechsel eines Lehrers aus der EU nach Deutschland. Die Kultusminister untergraben weiterhin ihre eigenen Beschlüsse über die angeblich bundesweit geltenden Standards für die Lehrerausbildung.“
(06/42/12)

Philologenverband begrüßt einheitliche Abiturstandards

(dbb) Die einheitlichen Abiturstandards für Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch sind beim Deutschen Philologenverband (DPhV) grundsätzlich auf Zustimmung. Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger betonte aber, die Oberstufen seien nach wie vor sehr uneinheitlich organisiert. So seien Mathematik und Deutsch nicht in jedem Bundesland Pflichtfächer für das schriftliche Abitur, sagte Meidinger am 19. Oktober 2012 im Deutschlandradio. Daher griffen die neuen Standards dort ins Leere.

Die Kultusminister der Länder hatten sich am 18. Oktober auf bundesweite Standards bei der Abiturprüfung geeinigt.

Meidinger sagte dazu, dies sei „auf jeden Fall ein Fortschritt, allerdings nur ein kleiner Fortschritt.“ Er hätte sich mehr gewünscht. „Wir haben jetzt Bildungsstandards, die müssen erst umgesetzt werden. Wir haben dann 2017 vielleicht mal vergleichbare Abiturprüfungen auf Grundlage dieser Bildungsstandards. Es gebe nach wie vor großen Abstimmungs- und Normierungsbedarf.“

Er sei nicht für ein Einheitsabitur, so Meidinger weiter. „Unter Einheitsabitur versteht man ja in

der Regel ein Bundeszentralabitur, das dann tatsächlich einheitlich in allen Ländern zum selben Termin geschrieben wird. Ich glaube, das ist in Deutschland mit den unterschiedlichen Ferienordnungen, aber auch aus anderen Gründen wie dem Bildungsföderalismus kaum möglich. Das heißt, wir müssen uns dem Problem der Vergleichbarkeit auf andere Weise nähern, und da sind Bildungsstandards ein guter Weg.“ Man könne vielleicht auch - das machten bereits ein paar Länder vor - zu gemeinsamen Prüfungsteilen gelangen, die dann - sozusagen vor dem Abitur - schon zu einem gemeinsamen Termin geschrieben werden. (07/42/12)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die durch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich überraschend angeordnete Unterstützungsmaßnahme für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durch Beschäftigte der Bundespolizei kann nur eine zeitlich begrenzte, einmalige Ausnahme sein. Diese Auffassung vertrat der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** am 25. Oktober 2012. „Sie muss so schnell wie möglich wieder beendet werden.“ Die jetzt erforderlich gewordene ad hoc-Maßnahme der Bundespolizei zur Unterstützung des Bundesamtes mache deutlich, dass eine zunehmende, in Teilen offensichtlich auch illegale Migration in die Bundesrepublik Deutschland bisher trotz zahlreicher Informations- und Analysezentren durch den Minister unterschätzt worden ist, so Walter. Deshalb forderte er Bundesinnenminister Friedrich auf, sich auf europäischer Ebene für eine Aussetzung der Visumsfreiheit der betroffenen "sicheren Drittstaaten" einzusetzen. Die Bundespolizei müsse illegale Einreisen wieder intensiv bekämpfen, um illegale Migration zu verhindern.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat die Bundesländer aufgefordert, ihre Praxis bei der Reisekostenerstattung für Lehrkräfte bei Klassen- und Studienfahrten umgehend zu korrigieren. Die entstandenen Unkosten müssten vollständig erstattet werden. Dies sei die „längst überfällige Konsequenz“ aus einem kürzlich ergangenen Urteil des Bundesarbeitsgerichts, sagte DPhV-Vorstandsmitglied **Andreas Bartsch** am 22. Oktober 2012. „Auch wenn das Urteil im Falle einer tarifbeschäftigten Lehrkraft ergangen ist, bleibt unzweifelhaft, dass die vom Gericht angemahnte Fürsorgepflicht des Dienstherrn auch für alle verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer gilt.“ Es sei ein Skandal, dass Lehrkräfte, die Studienaustauschprogramme und Klassenfahrten begleiten, bislang in vielen Bundesländern unter Druck gesetzt wurden, auf die Reisekostenerstattung zu verzichten. „Damit muss jetzt Schluss sein“, forderte Bartsch. (08/42/12)